

Informationen

• Kontakt

Bei Fragen und weitergehendem Interesse bitten wir um Kontaktaufnahme:

- BISS, Bürgerinitiative Strahlenschutz e.V.
Meinestr. 10d, 38110 Braunschweig
- E-Mail: info@biss-braunschweig.de
- Telefon: (0 53 07) 4 97 26 47 (Anrufbeantworter wird täglich abgehört)

• BISS-Treffen

BISS-Treffen finden in 2 wöchentlichem Abstand im Dorfgemeinschaftshaus in Wenden (Veltenhöfer Str. 3, 38110 BS) statt. Die Termine finden Sie auf unserer Internetseite im Kalender.

• Spenden

Für unsere Arbeit brauchen wir nicht nur den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger aus Braunschweig und dem Umland, sondern auch finanzielle Unterstützung. Dabei kann uns jeder helfen, egal wo er wohnt!

Wir sind wegen Förderung des Natur- und Umweltschutzes vom Finanzamt als **gemeinnützig anerkannt**. Ihre finanzielle Unterstützung ist daher **steuerlich absetzbar**. Wir benötigen das Geld zum Beispiel für die folgenden unvermeidbaren Anliegen:

- Professionelle Hilfe (Fachberatung etc.)
- Rechtsanwaltsgebühren
- Raummieten
- Druckkosten

Für die Übersendung der Spendenquittung geben Sie bitte neben der Angabe "Spende" Ihre vollständige Anschrift auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen die Spendenquittung zusenden können.

- Konto bei der Volksbank BraWo:
IBAN: DE67 2699 1066 8108 9350 00
BIC: GENODEF1WOB

neu seit 11/2016



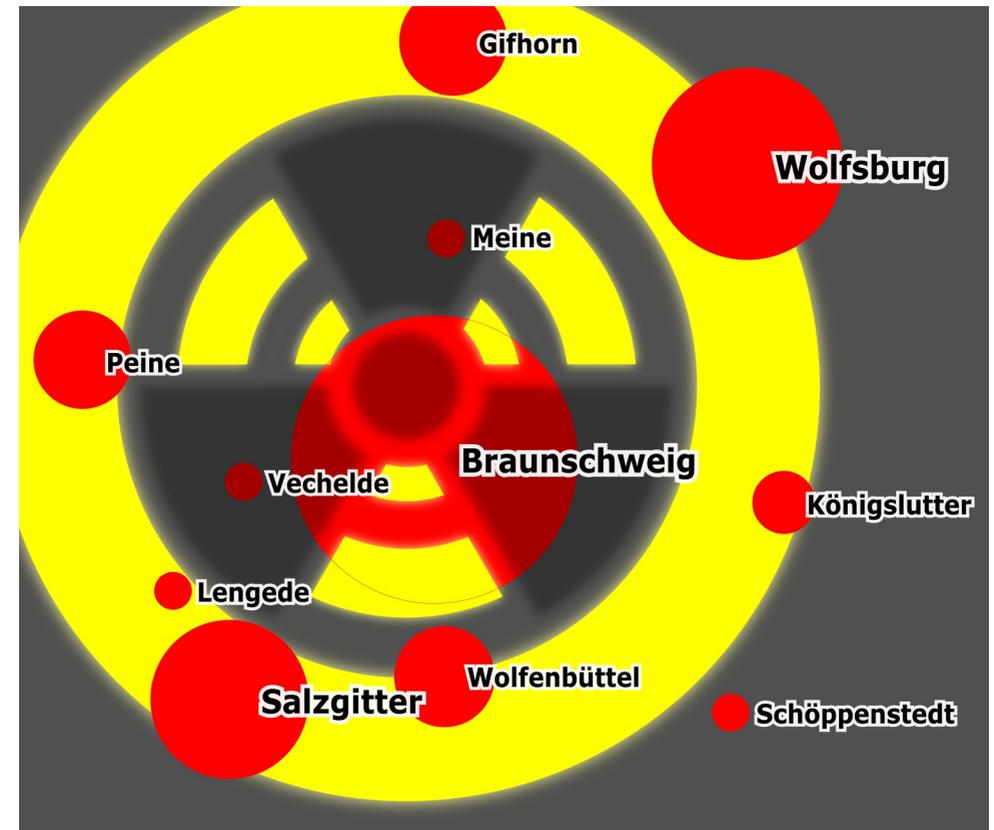
Atomstandort Braunschweig

Die Firmen Eckert & Ziegler und GE-Healthcare Buchler verarbeiten am Standort Braunschweig radioaktive Stoffe in industriellem Maßstab.

Die Herstellung radiopharmazeutischer Mittel, technischer Strahlenquellen und die Konditionierung von Atommüll sind ein Teil der industriellen Landschaft in Deutschland, aber

an diesem Standort unverantwortlich.

Grundlage für die Gefahren sind die genehmigten, extrem hohen Strahlungsmengen, die nach Aussage von Eckert & Ziegler mit dem neuen Bebauungsplan auch verarbeitet werden sollen.

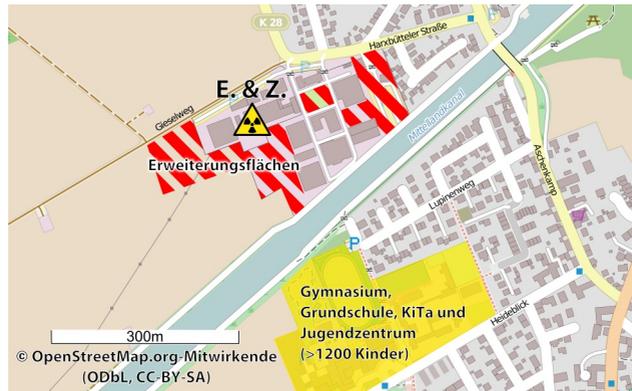


150913-web16

Gutachten der Stadt bescheinigt:

Risiko im Normalbetrieb für Braunschweiger höher als für Anwohner an einem deutschen Atomkraftwerk

Der Braunschweiger Rat hat nach vier Jahren empfundener Hilflosigkeit im Juli 2015 mit dem Beschluss zum Bebauungsplan für das Buchler- und Eckert & Ziegler-Gelände den Erweiterungsmöglichkeiten für die Atomfirmen zugestimmt.



Faktenlage:

- **Direkt angrenzende Wohngebiete, Kindergärten, Jugendzentrum und Schulen**
Die nächsten Wohnhäuser sind nur ca. 40 m entfernt. In 200 m gehen über 1200 Kinder zur Grundschule, ins Jugendzentrum und in das Gymnasium Wenden.
- **Unmittelbar benachbarte Großstadt**
Im Katastrophenfall wäre ganz Braunschweig betroffen. Es liegen weder ausgearbeitete Katastrophenschutz- oder Evakuierungspläne vor, noch sind wirkungsvolle Sofortmaßnahmen jenseits von "Bleiben Sie in Ihren Häusern" vorstellbar.
- **Lage neben "Forschungsflughafen", direkt neben Einflugschneise**
Das Firmengelände liegt ca. 3 km vom "Forschungsflughafen" Braunschweig-Wolfsburg entfernt, unmittelbar in und neben Einflugschneisen. Ein umfangreicher Werksverkehr von VW und Flugversuche des DLR mit Großflugzeugen im flugphysikalischen Grenzbereich sind Grundlage für das durch einen Gutachter bescheinigte erhebliche Risiko durch Flugzeugabstürze auf das Gelände.
- **Benachbarte Chemiefabrik mit hohem Inventar gefährlicher Chemikalien**
Die Nuklearfirmen liegen direkt neben der Chemiefabrik Buchler, die eine Genehmigung zur Lagerung von jeweils 40 Tonnen konzentrierten, starken Säuren und Laugen besitzt. Zum Teil hochbrennbar und hochexplosiv, sodass bei Freisetzung giftige Gase entstehen können. Die Gefahr eines Großschadensereignisses steigt damit und eine Bekämpfung z.B. eines Brandes ist erschwert.

Daher: Nuklearbetriebe müssen verlagert werden.

Bis dahin: Gefährdungspotentiale abstellen.

- **Massive Reduzierung der Umgangsgenehmigung**
Die letzte Erhöhung der Strahlengenehmigung erfolgte 2004 ohne die vorgeschriebene Umweltverträglichkeits-Vorprüfung. Diese Genehmigung ist offenkundig eine unzulässige Vorratsgenehmigung und entspricht etwa dem 300-fachen des gesamten Inventars der ASSE. Diese Umgangsgenehmigung muss zurückgenommen werden.
- **Streichung des Standortes aus den Nationalen Entsorgungsplänen**
Der Standort Braunschweig-Thune ist einer von nur 5 Standorten für die Konditionierung von Atommüll in Deutschland. Aufgrund der Nähe zu Schacht Konrad muss eine massive Ausweitung der Atommüll-Konditionierung und -Lagerung befürchtet werden. Dieser Standort ist dafür nicht geeignet und muss verlagert werden.
- **Massive Reduzierung der Emissionsgenehmigungen**
Die Thuner Nuklearbetriebe dürfen z.B. mehr als das 250-fache des Grenzwertes der Strahlenschutzverordnung von Jod131 über die Schornsteine abgeben. Kriterien der Strahlenschutzverordnung für den Maximalwert werden nicht beachtet. Diese Genehmigungen müssen zurückgenommen und auf die Werte der StrlSchV. begrenzt werden.
- **Massive Reduzierung der Genehmigungen zur Freisetzung von Direktstrahlung**
Wir fordern die Rücknahme der unrechtmäßigen 2000-Stunden-Regelung, die eine Erhöhung des Maximalwertes der Strahlenschutzverordnung von 1mSv/Jahr auf 4,38 mSv/Jahr erlaubt. Das ist das 14,6-fache des Grenzwertes am Castoren-Lager in Gorleben.
- **Aufstellung detaillierter Katastrophenschutzpläne**
Bisher existiert neben dem Feuerwehrplan keine konkrete Planung für ein Großschadensereignis. Eine Evakuierung der Wohngebiete, Kindergärten und Schulen ist nicht vorbereitet. Eine verpflichtende Information im Schadensfall betroffener Personen muss durchgeführt werden.
- **Sofortige Auflösung des illegalen, faktischen Atommüllzwischenlagers**
Auf dem Gelände befinden sich über 60 dauerhaft als Lager genutzte Schiffscontainer mit radioaktiven Stoffen. Dieses illegale Atommülllager muss aufgelöst werden.
- **Verringerung der Belastungen durch Atomtransporte**
Die täglichen Atomtransporte durch die angrenzenden Wohngebiete dürfen so stark strahlen, wie ein Castor-Transport. Wir fordern die konsequente Anwendung des Minimierungsgebotes (optimierte Routen, bessere Abschirmung, keine Tankstopps, keine Wartezeiten am Werkstor).
- **Garantie, dass keine Kernbrennstoffe in Thune gelagert werden**
Von 1996 bis Ende 2012 wurde in Braunschweig-Thune Plutonium gelagert. Eine Genehmigung zur Lagerung oder Nutzung von Kernbrennstoffen darf nicht erteilt werden.